



## Zur Situation im Nahen Osten

23.04.2002 | Deutsche Bischofskonferenz

**Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann**

### **Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, zur Situation im Nahen Osten**

24.04.2002 PRD-033 Pressemitteilungen der Deutschen Bischofskonferenz

Die Völker und die Menschen im Nahen Osten durchleben zur Zeit wiederum eine dunkle Stunde ihrer Geschichte. Die Eskalation der Gewalt, deren Zeuge die Weltöffentlichkeit in den vergangenen Wochen geworden ist, hat die Chancen für die Wiederaufnahme eines Friedensprozesses dramatisch verringert. Keine der beiden Konfliktparteien kann hier von Schuld freigesprochen werden. Der Weg des Terrors, den maßgebliche Kräfte der Palästinenser eingeschlagen oder gebilligt haben, muss ohne Wenn und Aber verurteilt werden. Wir können aber auch nicht umhin festzustellen, dass Israels Politik der faktischen Aufhebung der palästinensischen Autonomie und das massive militärische Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung weder moralisch noch politisch gerechtfertigt werden können: Frieden kann nicht bedeuten, dass ein Volk die Aufsicht über ein anderes ausübt.

Im Nahen Osten haben sich Hass und Gewalt in einer Intensität aufgestaut, die es nur schwer vorstellbar erscheinen lässt, dass Israelis und Palästinenser allein aus eigener Kraft den Weg zum Frieden finden. Wenn auch Stabilität und Koexistenz nicht ohne und schon gar nicht gegen die Konfliktparteien erreicht werden können, so sind doch internationale Vermittlung und Präsenz erforderlich, um einen für beide Seiten akzeptablen Verhandlungsrahmen und Sicherheitsgarantien bereitzustellen. Die deutschen Bischöfe begrüßen daher, dass die politisch Verantwortlichen sowohl auf internationaler Ebene als auch in Deutschland wachsende Bereitschaft zu einem neuen substantiellen Engagement zeigen. Das Recht Israels auf sichere und anerkannte Grenzen und der Schutz seiner Bevölkerung vor terroristischen Gewalttaten müssen dabei ebenso Eckpfeiler einer gerechten und dauerhaften Lösung sein wie das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in einem lebensfähigen eigenen Staat.

Seit einigen Wochen erleben wir in Deutschland eine neue Debatte über das Verhältnis zum Staat Israel. Es erfüllt uns mit Sorge, dass sich bestimmte Kreise in unserem Land und auch einige Politiker angesichts der aktuellen Zuspitzung im Nahen Osten einer Sprache bedienen, die die geforderte besondere Sensibilität gegenüber der Befindlichkeit der Juden und dem Staat Israel vermissen lässt. Andererseits widerspricht es nicht der historisch bedingten Verantwortung Deutschlands und der Deutschen, sich entschieden für eine Konfliktregelung einzusetzen, die die fundamentalen Rechte von Israelis und Palästinensern gleichermaßen berücksichtigt.

Aber nicht nur die Politik, auch die Religionen sind gefordert. Wiederholt hat Papst Johannes Paul II. ihren Beitrag zur Versöhnung in der Region angemahnt. Das Heilige Land ist heilig für Juden,

Christen und Muslime - und gemeinsam sind sie darum zur Verantwortung gerufen. In diesen Zusammenhang gehört nicht zuletzt auch die Achtung sakraler Gebäude während der Auseinandersetzungen: Damit die Lage sich nicht noch weiter verschärft und nicht zusätzliche Emotionen ins Spiel kommen, sind alle Seiten dringend aufgefordert, heilige Orte und Gebetsstätten aller Religionen aus den Kämpfen herauszuhalten. Dies muss in dieser Stunde besonders mit Blick auf die Situation in der Geburtskirche und um sie herum gesagt werden.

Andererseits sind, was die deutsche Öffentlichkeit noch viel zu wenig zur Kenntnis genommen hat, gerade in den letzten Monaten ermutigende und Hoffnung gebende Schritte in Richtung eines friedensfördernden Zusammenwirkens der Religionen erfolgt. So haben sich Ende Januar im ägyptischen Alexandria maßgebliche Autoritäten aller drei Religionen getroffen, um den Wegen des Hasses und der Vergeltung eine entschlossene Absage zu erteilen. In der Deklaration von Alexandria verpflichteten sich die Religionsführer, im Namen ihrer Glaubensgemeinschaften alle Anstrengungen für einen Frieden auf der Grundlage eines geregelten Ausgleichs zu unternehmen. Dabei bekennen sie sich zu dem besonderen und im Glauben begründeten Auftrag der Religionen, eine Atmosphäre zu schaffen, in der gegenwärtige und zukünftige Generationen in gegenseitigem Respekt und Vertrauen zusammenleben können. Die Katholische Kirche in Deutschland wird alles in ihren Kräften Stehende tun, diesen Prozess der Verständigung und Versöhnung zu unterstützen. Dazu zählt nicht zuletzt das beständige Gebet, zu dem die Bischöfe alle Gläubigen erneut aufrufen.